



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

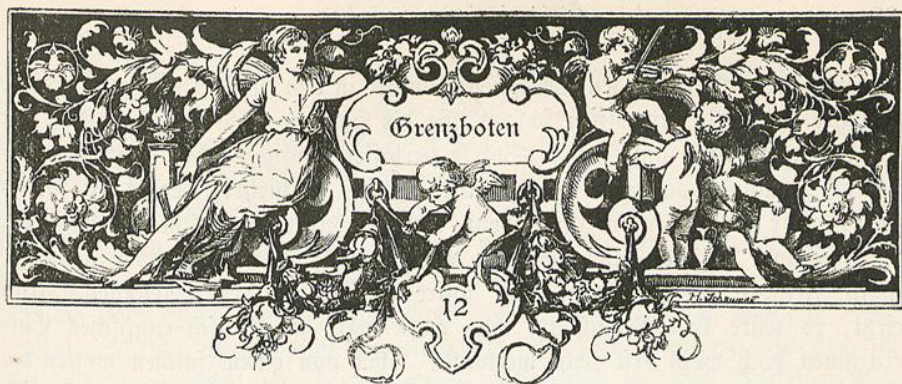
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: "Beschwichtigungsversuche"

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



„Beschwichtigungsversuche“

Nunser Artikel „Wozu der Lärm?“ ist nicht totgeschwiegen, sondern vielfach abgedruckt worden, von vielen Zeitungen verschiedener Richtungen zu unsrer Genugthuung beifällig, von andern mit kritischen oder ganz ablehnenden Bemerkungen; nur die Alldeutschen haben ihn gänzlich ignoriert. Die Kreuzzeitung, die ihm im übrigen zustimmt, nimmt doch an unsrer Bemerkung, daß nirgends giftiger räsontiert werde als in Berlin, Anstoß und verweist uns auf Leipziger und Dresdner Blätter, die dasselbe besorgten. Das ist uns leider nicht unbekannt, und wir hätten jeden Tag Gelegenheit, uns über die Dummheiten und Taktlosigkeiten zu ärgern, die in diesen Organen der öffentlichen Meinung fast in jeder Nummer breitspurig und anspruchsvoll ausgeframt werden, unermüdlich immer dieselben, hundertmal gesagten Dinge, von den „Nebengeräuschen“ bei der „Chinaexpedition“ an bis zu dem unglücklichen Schwarzen Adler für Lord Roberts. Aber wenn die Kreuzzeitung etwa meinen sollte, wir hätten das aus Lokalpatriotismus verschwiegen, so würde sie irren; diese Blätter sind uns nur nicht wichtig genug, weil ihre Bedeutung nicht über eine ganz lokale oder landschaftliche hinausgeht. Die Hamburger Nachrichten bekämpfen unsern Artikel ausführlich, weil sie darin einen „offiziösen Beschwichtigungsversuch“ zu erkennen glauben. Er ist weder das eine noch das andre, sondern eine ruhige Entwicklung klarer Gründe, und wir finden es kläglich, wenn man ein Blatt, das aus ehrlicher Überzeugung und gelegentlich auch aus ebenso ehrlicher Entrüstung für die maßlos verlästerte auswärtige Politik des Kaisers und des Kanzlers eintritt, nur deshalb für offiziös, d. h. für abhängig erklärt, also dermaßen verrannt ist, daß man einen andern, abweichenden Standpunkt gar nicht mehr für möglich hält. Aber das nebenbei. Wir haben gar nicht gesagt, daß uns der Dreibund vor einer europäischen Koalition beschütze, sondern nur, daß er zwar für Europa, also für einen europäischen Krieg genügen möge, aber nicht für die großen Weltverhältnisse, die natürlich unsre Reibungsfläche mit fremden Staaten vermehrt haben, so gut wie die Ver-

wandlung des ohnmächtigen Deutschen Bundes in das starke Deutsche Reich sie vermehrt hat, und wir wissen so gut wie die Hamburger Nachrichten, daß wir uns vor allem auf unsre eigne Stärke verlassen müssen; aber wozu das besonders erwähnen, da dafür ohnehin alles Nötige geschieht? Jedenfalls finden wir es mehr als undiplomatisch, wenn die Hamburger Nachrichten behaupten, der Dreibund bestünde nur auf dem Papier fort; das heißt doch geradezu unsern Feinden Mut machen und unsre Bundesgenossen beleidigen. Und gesetzt, es wäre kein Verlaß auf ihn, dann wäre ein deutsch-englisches Einvernehmen doch wohl erst recht wertvoll. Aber von einem solchen wollen die Hamburger Nachrichten natürlich nichts wissen. Vielleicht erkundigen sie sich einmal in ihrer Nähe, ob die Hamburger Reeder und Kaufherren, die doch etwas von der Welt verstehen, auch so denken wie sie. Jedenfalls bekämpfen sie eine Annäherung an England aus zwei Gründen, einmal weil England unser schärfster wirtschaftlicher Konkurrent sei, also uns gar nicht fördern könne, ohne sich selbst zu schädigen, und dann, weil ein solches Einvernehmen unser Verhältnis zu Rußland stören müsse. Haben denn die Hamburger Nachrichten ganz vergessen, daß Fürst Bismarck politische Freundschaft mit einem wirtschaftlichen Gegense, ja mit direkt feindlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gerade gegenüber Rußland für vollkommen vereinbar erklärt hat, und daß er in seiner ganzen afrikanischen Politik immer voll Rücksicht auf England gewesen ist, daß er Südafrika erst dann unter den Schutz des Reiches stellte, als England keinen Anspruch geltend machte, daß er die Santa Luciabai, die für die Zukunft der Burenstaaten die größte Bedeutung gehabt hätte, aufgab, weil England sie uns nicht lassen wollte, daß er die Anregung, diese Republiken unter deutsches Protektorat zu nehmen, natürlich aus Rücksicht auf England, ablehnte? Das Verhältnis zu Rußland nicht zu gefährden ist gewiß eine der wichtigsten Aufgaben unsrer Politik; aber man soll doch nicht vergessen, daß ein eigentliches Bündnis mit Rußland unmöglich ist, solange der russisch-französische Zweibund besteht, und die Franzosen nicht rückhaltlos den Frankfurter Frieden angenommen haben. Und welche Macht uns im Falle eines europäischen Kriegs mehr nützen oder, was ziemlich dasselbe ist, mehr schaden könnte, ob Rußland oder England, das ist noch die Frage. Rußland könnte uns nur zu Lande ernsthaft bedrohen, und da wären wir stark genug; England könnte unsre Seeverbindungen offen halten oder, solange wir zur See nicht sehr viel stärker sind als heute, im andern Falle sperren, und in diesem zweiten Falle würde eine furchtbare wirtschaftliche Krisis über Deutschland hereinbrechen. Wir wissen nicht, was schlimmer wäre, wir wissen nur, daß unsre ganze Flottenpolitik darauf ausgeht und ausgehn muß, uns die Seewege freizuhalten. Eine Erschütterung unsrer Beziehungen zu Rußland fürchten die Hamburger Nachrichten vor allem von unsrer „Chinapolitik.“ Dort, sagen sie, unterstützen wir lediglich die Sache Englands gegen Rußland, „ohne durch unsre Interessen dazu genötigt zu sein, ja ohne den geringsten Vorteil davon zu haben“; wir werden uns schließlich darüber mit Rußland

überwerfen und England von dem russischen Drucke befreien. Diese Argumentation galt vielleicht vor zehn oder zwanzig Jahren noch, heute ist sie veraltet. Rußland ganz freie Hand im Osten zu lassen, ruhig zuzusehen, wie es China in seinen Vasallenstaat verwandelt und damit Herr von ganz Asien wird, das ist uns heute ganz unmöglich; wer das nicht einsieht, mit dem ist über diese Dinge nicht zu reden. Wir müssen hier uns alle Thüren offenhalten, und Rußland würde sie uns alle vor der Nase zuschlagen. Und wir möchten doch wissen, welche Rücksichten diese rücksichtslose, ja wenn man will treulose russische Politik von uns verdiente, die ihre Truppen kaltblütig aus Petschili herauszieht, ehe irgend etwas entschieden ist, den Beschützer dieser hinterhältigen, treulosen Chinesen spielt, wo sie kann, Sonderverträge mit ihnen schließt, wo sie kann, kurz uns, die wir, weil wir uns die Genugthuung zu holen haben für die Ermordung unsers Gesandten, dort in vorderster Reihe stehen müssen, nicht nur nicht in dieser selbstverständlichen Pflicht unterstützt, sondern uns überall Knüppel vor die Füße wirft? Sind das Zeichen von Freundschaft oder auch nur von gutem Willen? „Wir laufen niemand nach,“ hat Fürst Bismarck von unserm Verhältnis zu Rußland gesagt, und wir haben unter seiner Amtsführung trotz aller Rücksichten, die vielen zu weit gingen — man denke an die Battenbergische Sache —, zweimal dicht vor dem Kriege mit Rußland gestanden. Gott verhüte, daß es noch einmal so weit kommt, aber nur festes, mannhaftes Auftreten wird das verhindern, nicht schwächliche Nachgiebigkeit, die die Russen nur in dem Glauben bestärken würde, sie dürften sich alles gegen uns erlauben. Jedenfalls haben wir keinen Grund, Rußland von dem englischen Gegendrucke zu befreien. Darum ist es nun geradezu lächerlich zu sehen, wie unsre Liberalen, die einst Rußland als Hort des Absolutismus tödlich haßten, jetzt salbungsvoll für das engste Einvernehmen mit ihm eintreten, weil sie meinen, damit in Fürst Bismarcks Sinne zu handeln, wie sie andererseits gegen England toben, das ihnen einst als politisches Musterland galt, nur weil sie wieder glauben, das sei gut Bismarcksche Politik, und wie sie durch beides eine unabhängige Haltung der Reichspolitik nach Kräften erschweren.

Wir hatten gelegentlich gesagt, auch Bismarck würde unter den heutigen Umständen in China kaum anders gehandelt haben als jetzt geschieht. Die Hamburger Nachrichten entrüsteten sich darüber sehr und versichern, er würde die ganze „Chinapolitik“ nicht gemacht haben. Wir wissen nicht, woher sie das wissen wollen, und möchten nur fragen, was denn wohl andres hätte geschehn können, als jetzt geschehn ist; im übrigen ist die Frage von untergeordneter Bedeutung. Fürst Bismarck hat die Politik seiner Zeit gemacht, Kaiser Wilhelm II. und Graf Bülow machen die Politik unsrer Zeit. Wir stellen darum die jetzige Chinapolitik durchaus nicht „unter den Schutz des verewigten Fürsten Bismarck,“ sie bedarf dessen auch gar nicht, und wenn die Hamburger Nachrichten in unsrer beiläufigen Bemerkung „die ganze gedankenlose Dreistigkeit, die für unsre Offiziösen charakteristisch ist,“ erkennen wollen,

so bemerken wir auf diese Grobheit ruhig und kühl, daß wir uns schmeicheln, weder gedankenlos, noch dreist, noch offiziös zu sein, und wir wundern uns nur, wie ein Blatt, das offiziös für das heutige Friedrichsruh ist, den Grenzboten einen Vorwurf daraus machen kann, daß sie offiziös für die Regierung wären. Jedenfalls würden diese, wenn sie die Wahl zwischen beiden hätten, das Auswärtige Amt vorziehen.

Zuletzt noch ein Wort für unsre guten Freunde, die „Alldeutschen.“ Sie sind das nämlich wirklich, denn wir ziehn mit ihnen an demselben Strange, wir wollen beide die Weltstellung Deutschlands, aber so, wie sie das jetzt zuweilen thun, geht es wirklich nicht. Sie haben am 5. März im Reichstage wieder die alten Sachen vorgebracht und sich mit dem Bewußtsein niedergesetzt, daß sie Sieger geblieben seien, denn Graf Bülow hat nicht mehr geantwortet, und qui tacet consentit. Aber das alte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstande“ wird in seiner echten Form („beschränkte Einsicht“) für die auswärtige Politik immer seine Berechtigung haben, schon weil man über laufende Geschäfte vernünftigerweise nicht öffentlich reden kann, und für eine Reihe sehr wichtiger Dinge werden wir in der That auf eine spätere Öffnung der Geheimarchive warten müssen, daran ändert unsre so sehr gewachsene politische Reife gar nichts. Oder hat etwa Fürst Bismarck seiner Zeit die Gegenminen aufgedeckt, die er zwischen 1867 und 1870 gegen die französisch-österreichisch-italienischen Mächenschaften legte? Hier entscheidet weder die Befriedigung der öffentlichen Neugier noch das Bedürfnis des Historikers, sondern lediglich das Staatsinteresse. Und an so selbstverständliche Dinge muß man erst erinnern! Was von der „Verbitterung und Erbitterung“ weiter Volkskreise über gewisse, entsetzlich breitgetretne Vorgänge in England und dergl. gesagt worden ist, das klingt ja sehr graulich; aber hochkomisch wirkt es, wenn dem Grafen Bülow vorgehalten wird, daß Berliner illustrierte Blätter Bilder von der Bekleidung des deutschen Kronprinzen mit dem Hosenbandorden und der Ernennung des deutschen Kaisers zum englischen Feldmarschall gebracht haben. Ja gegen das Sensationsbedürfnis unsers lieben Publikums ist kein Kraut gewachsen, und wir haben doch Preßfreiheit! Schließlich wünschen auch wir, daß „die Empfindungen des kleinen Mannes, der trotz solcher Dinge monarchisch denkt, nicht ohne Not verletzt“ werden, denn auch wir legen Wert auf ein Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Volk, namentlich in der schwierigen Lage, in der wir sind, aber wir meinen gerade von diesem Standpunkt aus, es wäre auch recht sehr am Platze, dafür zu sorgen, daß die Empfindungen unsers Kaisers geschont würden, und doch werden ihm tagtäglich Dinge gesagt und immer wieder gesagt, die ihn aufs tiefste verletzen müßten, wenn er nicht zu vornehm dächte. Zu diesen Dingen gehört auch der Satz: „Noch ist es Zeit zur Umkehr, aber es ist die allerhöchste Zeit.“ Worin soll diese „Umkehr“ bestehen? In einer Änderung unsrer Politik? Die hat ihre guten Gründe. In der Unterlassung von höfischen Aufmerksamkeiten? Sie sind entweder bedeutungslos oder von politischen Rücksichten geboten. Und wenn

die „Umkehr“ nun ausbleibt? Soll dann die Erschütterung der monarchischen Gesinnung weiter gehn? Nun, eine „monarchische Gesinnung,“ die durch solche Dinge erschüttert würde, wäre verwünscht wenig wert. Revolution aber wollen die Alldutschen doch nicht machen. Umkehr ist allerdings not, dringend not, nämlich in der Haltung unsrer Presse. Wir machen für das traurige Vorkommnis in Bremen, das so leicht viel schlimmer hätte ablaufen können, als es Gott sei Dank abgelaufen ist, natürlich keine Partei und keine Zeitung verantwortlich; aber wenn ein epileptischer Arbeiter auf den ruchlosen Einfall kommt, ein scharfsantiges Eisenstück gegen den Kaiser zu schleudern, der ahnungslos und ohne jede Bedeckung vorbeifährt, und zwar so sicher zu schleudern, daß von einer geistigen Störung in diesem Augenblicke kaum die Rede sein kann, so kann die jahrelang fortgesetzte, meist gegen den Kaiser ganz persönlich gerichtete Aufregung und Verhetzung der öffentlichen Meinung den Boden für eine solche Niederträchtigkeit gerade so gut vorbereitet haben, wie das Attentat Oskar Beckers auf König Wilhelm am 14. Juni 1861 mit der Motivierung, „weil er der deutschen Einheit im Wege stehe,“ und der Mordanschlag Julius Cohns auf Bismarck am 7. Mai 1866 von den maßlosen Schmähungen und Verdächtigungen in der damaligen demokratischen Presse moralisch mit verschuldet worden sind. Wir sollten meinen, das gäbe ernststen und patriotischen Leuten zu denken.

*



Landflucht und Polenfrage

(Schluß)



Es sich das alte Preußen im Jahre 1866 zum neuen größern Preußen auswuchs, und als es dann nochmals die Arme aufthat und sich zum neuen Deutschen Reich erweiterte, da haben viele alte Preußen, zumal die Anhänger und die Führer der konservativen Partei diese Verwandlung mit zweierlei Augen angesehen, mit einem zufriednen und einem traurigen. Ihre Partei, die Partei der Junker und der Pastoren konnte im neuen Reiche nur verlieren; in den eroberten Provinzen waren die Wähler entweder liberal oder partikularistisch-konservativ. Thatsächlich herrschte denn auch im neuen Reiche die ersten zehn Jahre lang der Liberalismus. Aber die alten Verfassungskämpfe schloßen ein. Es entbrannte der Kampf um die wirtschaftlichen Fragen. Nunmehr sind die alten Parteiunterschiede verblaßt; eine neue große Partei hat sich aus allen Teilen Deutschlands zusammengefunden, die agrarische mit einem ultramontanen linken Flügel und einem konservativen rechten Flügel und mit einer im ganzen sehr breiten demokratischen Grundlage. Der rechte Flügel giebt der alten